



Leisnig
Hereinspaziert in die
Riesenlunge Seite 17

LOKALES

DÖBELNER ALLGEMEINE ZEITUNG

Handball
Wenigstens ein Remis im
Lokalderby Seite 20



Bellmann will Stipendium für Döbeln

Das Krankenhaus könnte so neue junge Ärzte gewinnen – die Abgeordnete im DAZ-Interview

Region Döbeln. Um die Regierungskoalition in Berlin steht es nicht zum Besten. Und große Debatten beschäftigen das Land. Mittelsachsens Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann (CDU) über Probleme in Berlin, chinesische Studenten in Roßwein, ein mögliches Stipendium am Krankenhaus Döbeln, Zuwanderung in Sachsen und deutsche Leitkultur.

DAZ-INTERVIEW

Frage: Was machen Sie denn gerade so für Ihren Wahlkreis?

Veronika Bellmann: Ich setze mich unter anderem für ein Studienprojekt in Roßwein ein. So könnten chinesische Studenten ein Aufbaustudium, das sie selbst finanzieren, in Roßwein absolvieren. Der Freistaat müsste lediglich das Wohnheim herrichten. Aber der sächsische Finanzminister lehnt das komplett ab. Dabei schreiben wir doch überall nach Fachkräften.

Etwas geschafft haben wir bei der ärztlichen Versorgung, weil das Krankenhaus in Mittweida jetzt Lehrkrankenhaus ist. So können wir junge Mediziner für die Region interessieren. Mit dem Freistaat verhandele ich noch über ein Stipendienmodell. Damit bekämen Medizinstudenten Ausbildungszuschüsse, wenn sie sich für drei Jahre nach Studienabschluss verpflichten, in Kliniken wie Döbeln oder Mittweida zu arbeiten.

Neben den großen unterstütze ich viele kleine Projekte der Verkehrsinfrastruktur, wie den Radweg zwischen Roßwein und Hainichen.

Ich werde mich für bessere Fördermöglichkeiten der Döbelner Region einsetzen. Denn diese Region gehört mit Blick auf die europäischen Efrö-Mittel und die GA-Mittel (Gemeinschaftsaufgabe) zum Fördergebiet Leipzig, und das wurde herabgestuft. Deshalb bekommt Döbeln weniger Fördermittel, obwohl der Raum strukturschwächer ist als das restliche Mittelsachsen.

„Der Naturschutz hat seine Berechtigung, auch für Fledermäuse. Darüber darf man sich nicht lustig machen.“

Sie gehören zu den Gründern des Aktionsbündnisses „Pro Umgehungsstraße“ in Freiberg. Wozu das Ganze?

Ich will sehen, wie das Interesse der Freiburger Bürger dafür tatsächlich ist. In Marienberg habe ich schon einmal mit einer Bürgerinitiative erfolgreich für eine Ortsumgehung gekämpft.

Sie ärgern sich über den Baustopp.

Ich sehe Ortsumgehungen durchaus kritisch. Die Flächenversiegelung darf nicht ins Unermessliche wachsen. Der Naturschutz hat seine Berechtigung, auch für Fledermäuse. Darüber darf man sich nicht lustig machen. Freiberg hat in den 90er Jahren Wohn- und Gewerbegebiete so gebaut, dass jetzt kaum Alternativen zur vorliegenden Linienführung der Umgehung möglich sind.

Bundesweit wird in den nächsten Jahren der Güterverkehr um 30 bis 35 Prozent zulegen – das geht nicht alles über die Schiene. Allein das Lastwagen-Aufkommen von Solarworld Freiberg wird auf bis zu 200 Fahrzeuge pro Tag steigen. Die Ortsumgehung ist ein Mittel, um den Verkehrsinfarkt in Freiberg zu verhindern.

Grundsätzlich: Für mich ist eine Lehre aus Stuttgart 21, dass Planungsverfahren kürzer und verständlicher werden müssen. Also: Bürgerbefragung ja, aber gleich zu Beginn.

Aber die Einspruchsmöglichkeiten würden trotzdem reduziert?

Nein. Man muss sie nur konzentrieren. Irgendwann muss Schluss sein, sonst herrscht keine Verlässlichkeit. Wenn zu jeder Zeit alles wieder umgestürzt werden kann, schließt in Deutschland keiner mehr Verträge für ein Großprojekt ab.

Ihr Parteikollege und Stuttgart-21-Vermittler Heiner Geißler hat aber ein



Veronika Bellmann – beim Schutz des ungeborenen Lebens „absolut konservativ“. Foto: W. Sens

Ende der Basta-Politik verkündet.

Der Eindruck, den Herr Geißler vermittelt, ist falsch. Das weiß jeder, der die umfangreichen Einflussmöglichkeiten und Mitspracherechte während eines Verfahrens kennt. Die Stuttgarter haben sie auch umfassend genutzt.

Deutschland braucht Zuwanderung, Sachsen auch...

Ja, insbesondere hochqualifizierte.

Wie vermitteln Sie das?

Zuerst müssen die Anstrengungen in der Aus- und Weiterbildung von Deutschen verstärkt werden. Das hat Priorität. Dabei muss man auch den Unternehmen ins Gewissen reden, die die Ausbildung in den vergangenen Jahren vernachlässigt haben. Die Erwerbsbeteiligung der Älteren muss ebenso verbessert werden, wie die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft. Dennoch kann man nicht aus jedem einen Facharbeiter oder einen Akademiker machen. Wenn ein forschungsintensives Unternehmen keinen Ingenieur bekommt, der Fortbestand der Firma gefährdet ist, muss man ausländische Fachkräfte einstellen können.

Wie kann Zuwanderung funktionieren, damit es funktioniert? Wie schafft man ein gesellschaftliches Klima, das

Deutschland attraktiv für Zuwanderer macht?

Die USA sind ein reines Einwanderungsland, und trotzdem sagt dort jeder zuerst: Ich bin Amerikaner. Das haben wir noch nicht geschafft.

Man muss festlegen, was jemand mitbringen sollte. Ein Punkte-System ist sinnvoll, um Zuwanderung zu vereinfachen und transparenter zu machen, auch für die Leute, die Angst vor mehr Zuwanderung haben. Dann könnte man den Bürgern erklären: Die Leute sind hier, weil sie bestimmte Kriterien erfüllen. Vielleicht bekommen wir dann eher eine Kultur hin, in der Zuwanderer wirklich willkommen sind, wenn sie nicht überwiegend als Zuwanderer in die Sozialsysteme wahrgenommen werden.

„Wenn jemand absolut deutschfeindlich ist, dann muss auch mit Ausweisung gedroht werden und nicht bloß mit Strafzahlungen.“

Natürlich müssen sich die Zuwanderer anpassen. Bei der Bereitschaft dazu gibt es Unterschiede. Viele Vietnamesen wollen, dass ihre Kinder eine gute Schulausbildung bekommen, deutsch sprechen und Abitur machen. Bei Migranten mit muslimischem Hintergrund ist das häufig aus ideologischen Gründen anders. Der Islam hat nicht das Grundgesetz mit Religionsfreiheit oder Gleichberechtigung von Mann und Frau zum Ziel, sondern den Gottesstaat. Da sehe ich auch in Zukunft Integrationsprobleme. Wenn jemand absolut deutschfeindlich ist, dann muss auch mit Ausweisung gedroht werden und nicht bloß mit Strafzahlungen.

Bei der Verlängerung von Laufzeiten für Atomkraftwerke wird der Union von mancher Seite Lobbyismus vorgeworfen.

Das sehe ich nicht so. Allerdings hätte ich mir gewünscht, dass man die Unternehmen mehr in die Pflicht nimmt. Klar ist: Auf dem Energiemarkt gibt es kaum Wettbewerb. Daher hätten wir den Energieriesen ruhig mehr abnehmen können. Einige Sätze im Vortrag sind butterweich.

Es ist jetzt ganz wichtig, dass ein Schwerpunkt auf den Ausbau der Netze gelegt wird. Die sind zum Teil unheimlich marode, da haben die Konzerne noch ordentlich zu tun. Wir müssen da Druck aufbauen und halten. Sonst wird in zwölf Jahren gesagt: Wir schaffen den Ausstieg noch nicht, wir müssen nochmal verlängern.

Die Grünen könnten zweitstärkste Kraft im Bund werden. Was bedeutet das für die Union?

Das sind ja nicht mehr die Grünen von vor 20, 30 Jahren. Die Partei ist moderner geworden, hat eine breitere bürgerliche Basis. Die ökologischen Visionen haben auch die Programme der Volksparteien verändert.

Ein künftiger Partner für die Union im Bund?

Die Schnittmengen werden größer. Im Europa-Ausschuss habe ich mit den Grünen wenig Probleme, die Zusammenarbeit ist gut. Aber ich habe in ein paar Dingen schon andere Ansichten.

Wo?

Ich stehe zur deutschen Leitkultur, zu

christlichen Werten und zur Familie, zu der Vater, Mutter und Kind gehört. Jeder kann leben, wie er will. Aber ich bin gegen eine rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren mit Familien. Und beim Schutz des ungeborenen Lebens bin ich absolut konservativ.

Wie stehen Sie zur Debatte um die Präimplantationsdiagnostik (PID)?

Ich habe mich noch nicht entschieden, aber ich bin eher dagegen. Ich war auch schon gegen die Pränataldiagnostik. Der Grat ist schmal, vom Wunder der Schöpfung hin zu bestellten Babys mit gewünschten Eigenschaften zu kommen. Soll ein Kind nicht entstehen dürfen oder nicht geboren werden, weil es das Risiko hat, später einmal Krebs zu bekommen oder demenz zu werden?

Wie sehen Sie den Zustand der Regierungskoalition in Berlin?

Na ja. Der Zustand ist besser als der Ruf. Mir fehlt eine gewisse Autorität, die die Klammer für die Koalition setzt. Es herrscht ein bisschen der Eindruck, dass jeder macht, was er will. Aber bei meiner Arbeit in den Ausschüssen für Europa, Verkehr, Wirtschaft und Verteidigung kann ich das nicht bestätigen. Es gibt eine gute Zusammenarbeit mit der FDP. Manchmal ist es eher die CSU, die ein bisschen aus der Reihe tanzt.

Die eigentliche Situation und das, was vermittelt wird, sind natürlich auch zwei Paar Schuhe. Die Koalition ist in Medienkreisen nicht unbedingt beliebt.

Ganz zu unrecht?

Eine bürgerliche Koalition müsste geschlossener sein und strenger mit sich. Auf der anderen Seite haben die Abgeordneten Meinungsfreiheit. Meinungsstreit muss stattfinden, auch in den eigenen Reihen. Es sollte aber nicht immer alles sofort nach außen getragen werden. Die guten Ergebnisse, die es durchaus gibt, treten dann immer hinter der schlechten Performance zurück.

„Es gibt eine gute Zusammenarbeit mit der FDP. Manchmal ist es eher die CSU, die ein bisschen aus der Reihe tanzt.“

Die Union war in der Großen Koalition beteiligt und ist jetzt in einer bürgerlichen Regierung. Wir haben einen Anteil an der guten Entwicklung: Es ist nicht nur die Arbeitslosigkeit gesunken, wir haben auch so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie seit 20 Jahren nicht mehr. Das Konjunkturpaket und die Regelungen zur Bankenaufsicht waren wichtig und richtig.

Was läuft in Berlin anders als Sie wollen?

Was wir auf den europäischen Finanzmärkten durchhaben, darf nie wieder passieren. Es braucht einen strengen Rahmen. Aber der Stabilitätspakt ist windelweich. Mit Blick auf die Kontrolle und Sanktionierung ist viel zu wenig passiert – das geht in Richtung Länderfinanzausgleich auf europäischer Ebene. Die nächste Krise kommt bestimmt, und dass dann der Steuerzahler nochmal so zur Kasse gebeten werden kann, bezweifle ich.

Das ursprünglich sozial nicht ausgewogene Sparpaket der Bundesregierung ist jetzt ganz in Ordnung. Mit meinem Anliegen, den Spitzensteuersatz ab 250 000 Euro anzuheben, konnte ich mich aber nicht durchsetzen. Dabei sind viele bereit, mehr Steuern zu zahlen. Es gibt 69 000 Menschen in Deutschland, die 250 000 Euro oder mehr verdienen. Man könnte mit deren Hilfe 1,4 Milliarden Euro mehr in die Kasse bekommen – für Bildung, Steuerbegünstigungen für die Forschung und zur Entlastung energieintensiver Betriebe.

Aus meiner Sicht rächt es sich, dass die Koalitionsvereinbarung in einem Affenzahn durchgezogen wurde. Viele wichtige Themen sind unausgegoren in den Geschäftsgang gekommen: Gesundheitsreform, Arbeitsmarkt-Reform, Mehrwertsteuer-Reform. Das wird mit den jetzigen Bundesratsmehrheiten alles schwerer umsetzbar.

Interview: Björn Meine